

Offen für Bürger im Rat		Drucksache Nr. A/16/5420-01	Termin 17.02.2020	Rat der Stadt	
<u>Antragsvorlage</u>				öffentlich	
Termin	Gremium	Vorlage zur*		Ergebnis	Beschluss- kontrolle*
05.02.2020	Bezirksvertretung Alt-Oberhausen	A			
06.02.2020	Finanz- und Personalausschuss	V			
10.02.2020	Hauptausschuss	V			
11.02.2020	Planungsausschuss	V			
17.02.2020	Rat der Stadt	B			

Beratungsgegenstand

Antrag der Ratsgruppe Offen für Bürger nach §4 der Geschäftsordnung für die Sitzung des Finanz- und Personalausschuss (6.2.2020), Hauptausschuss (10.2.2020), Planungsausschuss (11.2.2020) sowie des Rates der Stadt am 17.02.2020: "Antrag zur Korrektur des Vorgangs Straßenbaumaßnahme Landwehrstraße"

Beschlussvorschlag

Der Rat der Stadt beschließt:

1. Die zeitnahe Überprüfung der Gesamtabchlussrechnung des Vorgangs Baumaßnahme Landwehrstraße durch eine unabhängige Stelle.
2. Die Einbeziehung der Rechnungsprüfungsstelle der Stadt Oberhausen, in die Prüfung der Gesamtabrechnung der besagten Baumaßnahme.
3. Bei Feststellung von Fehlern, die Korrektur aller Bescheide, auch derer, zu denen kein Widerspruch eingereicht wurde. Und den Erlass neuer Bescheide an alle betroffenen Bürger, mit entsprechenden Verrechnungen.
4. Eine Berichterstattung zum gesamten Vorgang an den Hauptausschuss, bis spätestens zur Sitzung am 04. Mai 2020.

Vorsitzender Offen für Bürger im Rat  Albert Karschti 17. Januar 2020	
---	--

Offen für Bürger im Rat	Drucksache Nr. A/16/5420-01	Termin 17.02.2020	Rat der Stadt
------------------------------------	---	---------------------------------	----------------------

1 **Begründung / Sachdarstellung**

2

3 Es bestehen große Differenzen und enormer Unmut bei der Bürgerschaft zur Abrechnung der
4 Baumaßnahmen Landwehrstraße.

5

6 Dezernentin Sabine Lauxen hat selbst Fehler im Zuge der Abwicklung der Baumaßnahme
7 Landwehrstraße **öffentlich** eingeräumt und dennoch die Abschlussrechnungen ohne Prüfung des
8 Gesamtabchlusses durch die Rechnungsprüfungsstelle der Stadt an die betroffenen Bürger zustellen
9 lassen.

10 Die Politik ist hier gefordert die entstandenen Fehler zu korrigieren und einen verträglichen und sozial
11 gerechten Ausgleich für die Bürger zu schaffen, um somit den entstandenen Imageverlust der
12 Verwaltung zu relativieren.